

Sehr geehrter Herr Richter Bormann, sehr geehrte Vertretung der Staatsanwaltschaft Stendal, sehr geehrte Gäste,

Von der Staatsanwaltschaft Stendal wird mir im Strafbefehl Hausfriedensbruch vorgeworfen.

Ja, ich war zum angegebenen Zeitpunkt in Schnöggersburg. Mein Ziel war, entdeckt und angeklagt zu werden.

Ich bin folglich nicht hier, um mich zu rechtfertigen oder zu entschuldigen, sondern ich bin hier, um anzuklagen. Vor allem ist es das fehlende Unrechtsbewusstsein in unserem Land für die Verbrechen, die von hier aus vorbereitet werden und die weltweit eine Spur der Vernichtung hinterlassen, die mich belastet.

Die Staatsanwaltschaft Stendal hat es über mehr als 20 Jahre versäumt, Anklage zu erheben gegen die Kriegsverbrechen, die permanent in der Colbitz-Letzlinger Heide vorbereitet werden.

In meiner Beweisführung werde ich gleichzeitig versuchen, das Lügen-und Manipulations-Netz sichtbar zu machen, in dem wir uns befinden. Ich will durchschaubar machen, soweit ich es vermag, dass Demokratie und Neo-Liberalismus einander ausschließen. Ein Beispiel: Neoliberalismus ist unvereinbar mit

Art1 GG: (1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Entgegen Art. 1 GG werden im neoliberalen Wirtschaftssystem Menschen eingeteilt in „Humankapital“ und „Überflüssige“.Darauf gehe ich später noch genauer ein.

Neoliberalismus schafft Terroristen und führt Kriege gegen Terrorismus. Der Kampf gegen den Terrorismus schafft immer mehr Terroristen und braucht immer mehr Kriege, um sie zu bekämpfen. Auch darauf gehe später näher ein.

Dem Neoliberalismus liegt eine zutiefst faschistische Ideologie zugrunde.

Es liegt im Interesse der Macheliten, dass die untrennbare Einheit von Neoliberalismus – Faschismus – Krieg mit ihrem zerstörerischen

Synergieeffekt für das Volk weitgehend unsichtbar bleibt. Dafür arbeiten ganze Denkfabriken.

Somit relativiere ich meine Anklage wegen des Versagens der Staatsanwaltschaft Stendal in der Vergangenheit, weil es in der Tat schwierig ist, dieses perfide Spiel, das verharmlosend: „Freie Marktwirtschaft“ genannt wird und viel besser sei als die „Soziale Marktwirtschaft“, auch nur annähernd zu durchschauen.

Das sollte jedoch nach diesen Gerichtsprozessen nicht mehr für die Zukunft gelten.

Ich werde mich zu folgenden Themen äußern:

1. Meine persönliche Betroffenheit
2. Die Neoliberale Demokratie
3. Grundgesetz, Menschenrechte und Völkerrecht als gesetzlicher Rahmen
4. Illegale Kriege der NATO, Kriegspropaganda, Kriegslügen, Meinungsmanagement
5. Kriegsverbrechen Uranmunition
6. Münchner Sicherheitskonferenz

1. Meine persönliche Betroffenheit

Für meinen Besuch in Schnöggersburg am 5. August 2017 gibt es ein ganzes System von Gründen:

Der Truppenübungsplatz in der Colbitz-Letzlinger Heide mit der Kriegsübungsstadt Schnöggersburg steht für illegale Angriffskriege der NATO, für psychologische Kriegsführung, Waffenlobby und Rüstungsexporte, für Interventionskriege und für eine Politik der Destabilisierung und Zerstörung blühender Staaten, aus denen Zigtausende Menschen fliehen. Diejenigen, die das „Glück“ hatten, es bis nach Deutschland zu schaffen, müssen dann bei uns nur allzu oft ein entwurzelttes Leben führen.

Dieser Ort steht aber auch für das neuerliche Versagen der deutschen Justiz.

Zwei Ursachen sehe ich dafür:

Ursache1. Die Justizverbrechen der NS-Zeit sind nie wirklich aufgearbeitet worden.

Dazu sage ich später mehr.

Ursache 2. Der Neo-Liberalismus verfügt über ein Meinungs-Management, dem wir bisher nicht gewachsen sind.

In der Zeit von Willy Brandt wurde Entspannungspolitik gelebt: „Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein“ <https://www.nachdenkseiten.de/?p=43099>
Heute erleben wir die Hass-und Haifischbecken-Politik des Neoliberalismus.Kriegspropaganda und Hetze gegen Staaten, die sich den Interessen der USA widersetzen, wie derzeit Syrien und Russland, werden immer dreister.

Ungestraft bleibt die NATO-Osterweiterung und in diesem Zusammenhang, dass deutsche Soldaten schon wieder an die „Ostfront“ geschickt werden als „Speerspitze“ der schnellen Eingreiftruppe der NATO.

In diese NS-Ideologie fügt sich auch ein, dass die Opfer des Überfalls Deutschlands auf die damalige Sowjetunion durch Totschweigen immer mehr aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwinden. 23 Millionen ermordete Menschen kommen in unseren Medien so gut wie nie mehr vor. In den Leitmedien gibt es wertvolle Kriegsoffer, die man öffentlich betrauert und wertlose Opfer, die nicht erwähnenswert sind. Dahinter steht das Menschenbild vom Herrenmenschentum und Untermenschentum.

Ebenso wie das Leugnen des Holocaust gehörte diese faschistische Praktik ebenfalls unter Strafe gestellt.

Eine .andere Facette der selben Ideologie ist die Kriegs-Berichterstattung. Zivile Opfer der NATO-Kriege heißen „Kollateralschäden“ Erst seit Russland dem Hilfesuch der syrischen Regierung entsprach und sich am Krieg beteiligt, gibt es in Syrien „Kriegsoffer“ in den Leitmedien.

In einem hoch interessanten Vortrag von Prof. Rainer Mausfeld: „Warum schweigen die Lämmer? Techniken des Meinungs-und Empörungsmanagements“ heißt es:

„Wir müssen wissen, dass wir in einem Manipulationskontext sind...insgesamt ergeben sich aus offiziellen Dokumenten, dass die USA seit dem Zweiten Weltkrieg für den Tod von 20-30 Millionen Menschen verantwortlich sind. Das sind Dimensionen, dass man sich fragt: Wie kann es eigentlich gelingen, solch monströse Dimensionen für die Bevölkerung praktisch vollständig unsichtbar zu machen?...Die Fakten sind bekannt. Sie sind nur für die Bevölkerung durch Fragmentierung und Dekontextualisierung unsichtbar gemacht worden. Das heißt, es ist

einfach nicht passiert. Und wenn es passiert ist, spielt es keine Rolle. Es interessiert niemanden,“

So ist Schnöggersburg für mich ein Ort der Schande. Vollends pervertiert wurde das ganze System mit der Segnung von Schnöggersburg durch einen christlichen Militärpfarrer im vergangenen Jahr. Es gab nur wenige Stimmen, die sich gegen diesen Missbrauch der christlichen Ethik auflehnten, in deren Zentrum die Friedensbotschaft steht.

Eine der wenigen Stimmen, die mir bekannt geworden sind, war die Stimme des Internationalen „Versöhnungsbundes -Zweig Deutschland“. Ich bin Mitglied des VB und so hat mich die Entrüstung ermutigt und gefreut.

1983 erschien Christa Wolf's „Kassandra“ Das Buch war eine wichtige friedensethische Stütze für die Friedensbewegung; ich wünschte, sie wäre es auch heute noch. Zum Thema Doppelmoral schreibt sie:

„Zwar ist...die Doppelmoral der Alten vielleicht nicht so allgegenwärtig, alles beherrschend und durchdringend wie die Doppelmoral der christlich-abendländischen Zivilisation, die eine ungeheure, immer subtilere und spitzfindigere demagogische Gedankenarbeit leisten muss, um das Gebot Du sollst nicht töten als sittliche Grundlage ihres Lebens anzuerkennen und es gleichzeitig, ohne moralisch zusammenzubrechen, für ihr praktisches Handeln außer Kraft zu setzen. So entstand im Zentrum dieser Kultur jener dunkle blinde Fleck, der ihr das Wichtigste, ihr mörderisches Doppelleben, verbirgt: Ein Defizit, das leider mit wendigkeit auch jene Prozesse, die zur Selbstvernichtung führen, vor den treibenden Kräften dieser Zivilisation unsichtbar macht; eine Hexenmagie, die wir nun vielleicht zu spät durchschauen.“

Immer deutlicher wird für mich: Berthold Brecht hatte nach dem Zusammenbruch des 1000jährigen Reiches Recht: *„Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“* und leider gilt das noch bis heute.

2. Die Neoliberale Demokratie

Bedeutendster Vordenker des Neoliberalismus war Walter Lippmann - 1889-1974 . Er war Berater von US-Präsident Wilson. „Er entwickelte die Konzepte der 'Elitendemokratie', die aus zwei Klassen besteht: den 'Spezialisten', welche aktiv mit den Angelegenheiten des Allgemeinwohls betraut sind. Diese Männer analysieren die Lage der Nation und treffen Entscheidungen auf politischer, wirtschaftlicher und ideologischer Ebene. Ihr gegenüber steht die Klasse der den Spezialisten überlassenen „Handlungsobjekte“. nach Lippmann die 'verwirrte Herde', vor deren Getrappel und 'Gelärm' die Spezialisten geschützt werden müssten. In einer funktionierenden Demokratie habe die Masse der Menschen ('die Herde') laut Lippmann lediglich die Befugnis, die Spezialisten zu wählen und den Rest der Zeit mit 'Grasen' zu verbringen.“ In seinen Essays zur Demokratie fordert er, dass nur die spezialisierte Klasse für die

„Herausbildung einer gesunden öffentlichen Meinung“ Sorge tragen dürfe, weil die Öffentlichkeit lediglich aus „unwissenden und zudringlichen Außenseitern“ bestehe. *Nach Prof. Mausfeld*

Auf Lippmann geht auch die Idee der Think Tanks zurück, die nannte er Intelligence bureaus. Man kann eine Machtsicherung nur bekommen, wenn man den gesamten Bereich der Öffentlichkeit mit einem Sicherheitsnetz von Think Tanks überzieht, welche die Deutungshoheit im geistigem Bereich haben. *Prof. Rainer Mausfeld in 28. Pleisweiler Gespräche*

Auf diesem Hintergrund bedarf es wohl keiner Begründung, dass dieses Wirtschaftsmodell Aufstandsbekämpfung zur eigenen Machtstabilisierung zwingend trainieren muss.

Schnöggersburg ist folglich für mich auch Symbol für eine Zwingburg dieses autoritären Wirtschaftsmodells.

Loïc Wacquant - ein französischer Soziologe, lehrt in den USA und Frankreich und forscht zu den Themen: urbane Ungleichheiten, das amerikanische Ghetto, das französische Banlieue, Rassismus und Gefängnis.

Er schreibt:

„Der Neoliberalismus geht ...mit der Errichtung eines Kentaurus-Staates einher: ein liberaler Kopf auf einem autoritären Körper... Die USA dienen als lebendes Laboratorium für die neoliberale Zukunft mit einer Verwaltung und Disziplinierung der „Überflüssigen“ in der Neoliberalen Demokratie“

Schnöggersburg steht somit für ein globales Wirtschaftssystem, dessen Ziel es nicht ist, für die Lebensbedürfnisse von Menschen zu wirtschaften, sondern für ein System krankhafter Gier nach gefährlicher Geld- und Machtkonzentration. Ein System das an Menschen lediglich insofern interessiert ist, ob sie sich als „Humankapital“ verwerten lassen.

Gemäß Schätzung von Eurostat waren im Juli 2017 in der EU28 18,916 Millionen Männer und Frauen arbeitslos, davon 14,860 Millionen im Euroraum (die 19 Länder des Eurowährungsraumes).

Franz Müntefering SPD dazu:

„Da brauchen wir eine passende Ideologie: ‘Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen’ “.

Anders ausgedrückt: wer arbeitslos ist, gehört zu den Überflüssigen. Im Neoliberalismus wird nicht Armut bekämpft, sondern die Armen.

Der afrikanische Politologe Achille Mbembe schreibt, dass die westliche Wertegemeinschaft eine „Nekropolitik“ betreibt: Macht darüber

auszudrücken, bestimmen zu können, „wer leben wird und wer sterben muss“. In: *M. Pieper et al. Biopolitik – in der Debatte. Wiesbaden: VS Verlag.*)

„Was bedeutet das? Das bedeutet, die Unterteilung der Bevölkerung in einen schützens-

werten Teil und in einen Teil, dessen Leben eigentlich überflüssig ist, und der deswegen

vermehrt Todesstrafe, Erschießungen durch die Polizei, Drohnenmorden... - was immer es

gibt, ausgesetzt werden kann.“

Prof. Mausfeld 28. Pleisweiler Gespräche 22.10.2017

Wer Neoliberalismus befürwortet, darüber sollte man sich im Klaren sein, muss in Ordnung finden, dass ganzen Menschengruppen die Menschenrechte aberkannt werden. . Dafür genügt es, längere Zeit nicht als Humankapital interessant zu sein. Es genügt somit einige Zeit arbeitslos zu sein, um zu den „Überflüssigen“ zu gehören oder zu Hartz4.

3. Grundgesetz , Menschenrechte und Völkerrecht als gesetzlicher Rahmen

Zentrales Dokument für das Friedensgebot im Völkerrecht ist

*** Die Charta der Vereinten Nationen und das Statut des Internationalen**

Gerichtshofes.

In der UN-Charta haben sich praktisch alle Völker der Welt (193) darauf geeinigt:

***Kriege sind illegal**

In der PRÄAMBEL heißt es:

WIR, DIE VÖLKER DER VEREINTEN NATIONEN - FEST ENTSCHLOSSEN, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat, unseren Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von allen Nationen, ob groß oder klein, erneut zu bekräftigen, Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können, den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern...

* **Art. 2**, Alle Mitglieder legen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so bei, dass der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.

Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.

Ausnahmen:

1. Wird ein Land angegriffen, darf es sich verteidigen.

2. Krieg gegen ein Land darf geführt werden, wenn ein Mandat des UNO-Sicherheitsrates vorliegt.

Auch in unserem Grundgesetz ist das Friedensgebot verankert. Deshalb bedeutet jeder Bruch des Völkerrechts gleichzeitig auch einen Bruch unseres Grundgesetzes und der nachfolgenden Gesetze. Dies folgt aus

Artikel 25 GG: „ Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.“

1994 wurde die Colbitz-Letzlinger Heide von der Bundeswehr übernommen, nachdem die sowjetischen Streitkräfte abgezogen waren. Die Staatsanwaltschaft Stendal hätte bereits 1994 tätig werden müssen. Damals existierten bereits die „Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr“. Was dort „Verteidigung“ genannt wird, entpuppte sich damals für uns juristische Laien sehr bald als schleichende Wiederbelebung nationalsozialistischer Großmachtträume. Eine „Wiederkehr des Verdrängten“ - aufgearbeitet wurde die NS-Justiz ja bis heute nicht.

Die „Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr“ bedeuteten das Ende der Bundeswehr als einer Verteidigungsarmee.

Dem entgegen zu wirken wäre Aufgabe des Bundesverfassungsgerichtes gewesen. Das BVerfG hätte die Pflicht gehabt festzustellen, dass die „Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr weder mit dem Grundgesetz noch mit der Charta der Vereinten Nationen kompatibel sind. Das BVerfG tat jedoch - vorsehend gehorsam - genau das Gegenteil. 1994 – zum Zeitpunkt der Übernahme des Geländes der Colbitz-Letzlinger Heide durch die Bundeswehr – entschied das BVerfG in seiner Out-of-Area-Entscheidung im Gegensatz zu früheren Rechtsprechungen. Es ignorierte, dass im Völkerrecht seit Jahrzehnten klar ist, dass sich „Kollektive Sicherheit“ und „Bündnisse“, wie die NATO, fundamental widersprechen.

Der ehemalige Richter am Bundesverwaltungsgericht, Dieter Deiseroth schrieb dazu: „Diese Argumentation des BVerfG geht an Normstruktur und Norminhalt des Art. 24 Abs. 2 GG vorbei und implantiert so in diese

Verfassungsnorm in ungerechtfertigter Weise eine abweichende, ja konträre sicherheitspolitische Grundkonzeption.“

Nach meinem Rechtsempfinden bedeutet die Out - of-Area – Entscheidung des BVerfG, vor allem, wenn ich die Folgen dieser Rechtsprechung sehe, ein Türöffner für das Eindringen des antidemokratischen Neoliberalismus in die demokratischen Grundfesten des Friedensgebotes des Grundgesetzes. Es bedeutet die Verrechtlichung von im globalen Maßstab organisierter Kriminalität.

Aus meiner Sicht hätte die Staatsanwaltschaft Stendal doch aber wenigstens gegen das militaristische Treiben in der Colbitz-Letzlinger Heide vorgehen müssen.

Es ist mir schon klar, dass der Erfolg fraglich gewesen wäre, aber der Versuch wäre ehrenhaft und verfassungskonform gewesen. Ich kann mir gut vorstellen, die Erosion unserer Demokratie wäre dann ein Stück weit aufgehalten worden.

Was aber hindert Sie heute daran, es zu tun. Leicht wird es nicht, aber es hat uns ja niemand versprochen, dass gelingendes Leben leicht sein würde.

Fritz Bauer sagte; „Ein neues Deutschland kann, wenn es leben und geachtet sein will, nicht dulden, dass Richter sich wieder zu Helfershelfern von Mordgesellen machen.“

Bauer war von 1956 bis zu seinem Tod 1968 Generalstaatsanwalt in Hessen, sorgte für die Überführung Eichmanns nach Israel und die Wiederherstellung der Ehre der Widerstandskämpfer des 20. Juli sowie für die Frankfurter Auschwitzprozesse.

Fritz Bauer war Staatsanwalt in einer Zeit, als noch 50% seiner Berufskollgen ehemalige Nazijuristen waren. Das bekam er zu spüren. Er schrieb: „Sobald ich mein Büro verlasse, befinde ich mich im feindlichen Ausland.“

Nach Art. 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 sind alle Menschen frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen. Wikipedia

Noch in der Weimarer Verfassung stand:
„Die Ordnung des Wirtschaftslebens muss den Grundsätzen der **Gerechtigkeit** mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen.“

Im 3. Reich galt: „Recht ist, was dem Volke nützt!“ und „Der Führer schützt das Recht!“ über Menschenwürde habe ich nichts gefunden. Es ist

anzunehmen, dass nur Herrenmenschen Menschenwürde zuerkannt wurde.

3. Illegale Kriege der NATO, Kriegspropaganda, Kriegslügen, Meinungsmanagement, den Frieden bedrohende Gefahren, die sich daraus ergeben.

Am 24. März 1999 verkündete der SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder über die Medien: „Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, heute Abend hat die Nato mit Luftschlägen gegen militärische Ziele in Jugoslawien begonnen. Damit will das Bündnis weitere schwere und systematische Verletzungen der Menschenrechte unterbinden und eine humanitäre Katastrophe im Kosovo verhindern. Der jugoslawische Präsident Milosevic führt dort einen erbarmungslosen Krieg. Wir führen keinen Krieg, aber wir sind aufgerufen eine friedliche Lösung im Kosovo auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen.“

Wie diese friedliche Lösung konkret aussah, zeigt der Film: „Es begann mit einer Lüge – Doku über NATO-Einsatz in Jugoslawien“

„Dieser Film zeigt, wie schon vom ersten Tag des Kosovo-Krieges an die Bevölkerung getäuscht wurde. Dieser Film zeigt auch, wie Tatsachen verfälscht und Fakten erfunden, wie manipuliert und auch gelogen wurde. Dieser Film zeigt, weshalb Bomben auf Belgrad fielen. Der Film ist mit Steuergeldern finanziert und der Inhalt dürfte der Öffentlichkeit gehören.“

Wortlaut aus dem Film von Jo Angerer und Mathias Werth; WDR-Ausgestrahlt im ARD 8.Februar 20012/1999):

"Wir wären ja auch niemals zu militärischen Maßnahmen geschritten, wenn es nicht diese humanitäre Katastrophe im Kosovo gäbe mit 250.000 Flüchtlingen innerhalb des Kosovo, weit über 400.000 Flüchtlingen insgesamt, und einer zurzeit nicht zählbaren Zahl von Toten.“ Rudolf Scharping (28. 03 1999):

"Viel wichtiger ist die Frage, was geschieht jetzt im Kosovo: Wenn ich höre, dass im Norden von Pristina ein Konzentrationslager eingerichtet wird, wenn ich höre, dass man die Eltern und die Lehrer von Kindern zusammentreibt und die Lehrer vor den Augen der Kinder erschießt, wenn ich höre, dass man in Pristina die serbische Bevölkerung auffordert, ein großes ‚S‘ auf die Türen zu malen, damit sie bei den Säuberungen nicht betroffen sind, dann ist da etwas im Gange, wo kein zivilisierter Europäer mehr die Augen zumachen darf, außer er wollte in die Fratze der eigenen Geschichte schauen.“

Außenminister Joschka Fischer unterstrich damals seine Zustimmung zum ersten deutschen Krieg seit 1945 mit der Begründung, er habe nicht nur „Nie wieder Krieg“, sondern auch „Nie wieder Auschwitz“ gelernt. Damit spielte er auf vermeintliche „Konzentrationslager“ und einen „neuen Hitler“.

Das ist so ein ganz typischer Trick dieser Think Tanks oder auch Denkfabriken: Die NATO wollte Krieg und Deutschland sollte endlich mit hineingezogen werden. Bekannt war, dass die Mehrzahl der Deutschen keinen Krieg wollte. Also erfand man die Lüge der Konzentrationslager. Die Verknüpfung von „Nie wieder Krieg!“ und „Nie wieder Auschwitz!“ hatte Joschka Fischer aus Washington mitgebracht – Demagogie vom Feinsten: das Trauma der Deutschen – die Vernichtungslager wurde missbraucht, um den Friedenswillen auszuhebeln. Als sich später alles als Lüge herausstellte, war der Bann gebrochen und den Kriegsverbrechern in der Bundesregierung passierte gar nichts.

Der damals leitende deutsche General bei der OSZE und eine amerikanische Diplomatin, die damals im Kosovo war, erinnern sich:

Heinz Loquai, General a. D. - OSZE:

"Die Legitimationsgrundlage für die deutsche Beteiligung war die so genannte humanitäre Katastrophe, eine solche humanitäre Katastrophe als völkerrechtliche Kategorie, die einen Kriegseintritt rechtfertigte, lag vor Kriegsbeginn im Kosovo nicht vor. Hier muss ich mich wirklich beherrschen, weil der Vergleich mit Auschwitz und der Situation im Kosovo eine ungeheuerliche Behauptung ist. Man muss sich als Deutscher schämen, dass deutsche Minister so etwas getan haben, denn ein normaler Mensch, ein normaler Deutscher, wird vor Gericht zitiert, wenn er in derartigem Ausmaße Auschwitz verharmlost. Und dass ein deutscher Minister von KZs im Kosovo sprach, ist auf der gleichen Linie, denn KZs sind Einrichtungen einer bestimmten historischen Situation, nämlich der nationalsozialistischen Zeit in Deutschland. Und ich finde es im Grunde genommen ungeheuerlich, dass gerade Deutsche diese Vergleiche gewählt haben."

Norma Brown, US-Diplomatin im Kosovo:

"Bis zum Beginn der Nato-Luftangriffe gab es keine humanitäre Krise. Sicher, es gab humanitäre Probleme, und es gab viele Vertriebene durch den Bürgerkrieg. Jeder wusste, dass es erst zu einer humanitären Krise kommen würde, wenn die Nato bombardiert. Das wurde diskutiert: In der Nato, der OSZE, bei uns vor Ort und in der Bevölkerung."

Jamie Shea, Nato-Sprecher:

"Die politischen Führer spielten nun die entscheidende Rolle für die öffentliche Meinung. Sie sind die demokratisch gewählten Vertreter. Sie wussten, welche Nachricht jeweils für die öffentliche Meinung in ihrem Land wichtig war. Rudolf Scharping machte wirklich einen guten Job. Es ist ja auch nicht leicht, speziell in Deutschland, das 50 Jahre lang Verteidigung nur als Schutz des eigenen Landes gekannt hatte, statt seine Soldaten weit weg zu schicken. Psychologisch ist diese neue Definition von Sicherheitspolitik nicht einfach. Nicht nur Minister Scharping, auch Kanzler Schröder und Minister Fischer waren ein großartiges Beispiel für politische Führer, die nicht der öffentlichen Meinung hinterherrennen, sondern diese

zu formen verstehen. Es stimmt mich optimistisch, dass die Deutschen das verstanden haben. Und jenseits der sehr unerfreulichen Begleiterscheinungen, der Kollateralschäden, der langen Dauer der Luftangriffe, hielten sie Kurs. Wenn wir die öffentliche Meinung in Deutschland verloren hätten, dann hätten wir sie im ganzen Bündnis verloren."

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 wusste US-Präsident George Bush unfassbar schnell, Osama bin Laden und 19 Muslime aus dem Terrornetzwerk al-Qaida sind für die Anschläge verantwortlich. Wie das Präsident Bush wissen konnte ohne kriminalistische Untersuchung, ist sein Geheimnis.

Der UNO-Sicherheitsrat konnte der Sichtweise Bushs nicht folgen und verweigerte den USA das Mandat, in Afghanistan einzumarschieren. Die USA überfielen trotzdem bereits am 7. Oktober das Land.

Nicht ganz unwichtig ist in diesem Zusammenhang, dass al Qaida von der CIA während des Krieges gegen die Sowjetunion aufgebaut und mit Waffen ausgerüstet hatte, als die Sowjetunion den völkerrechtswidrigen Krieg gegen Afghanistan geführt hat. (Am 24.12.1979 überfiel die sowjetische Armee mit 100 000 Soldaten auf Befehl Breschnews - Staatsoberhaupt der Sowjetunion - Afghanistan.)

Die Resolution 1368 des UNO-Sicherheitsrates vom 12. September 2001 besagt, dass die terroristischen Anschläge vom 11. September 2001 eine Bedrohung des Weltfriedens darstellen und dass „diejenigen, die den Tätern, Drahtziehern und Förderern helfen, sie unterstützen oder ihnen Zuflucht gewähren, zur Rechenschaft gezogen werden müssen“.... Der UNO-Sicherheitsrat forderte alle Staaten der Welt zur Zusammenarbeit auf und „alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um auf die terroristischen Anschläge vom 11. September 2001 zu antworten und jede Form des Terrorismus in Übereinstimmung mit seinen Verantwortlichkeiten nach der Charta der Vereinten Nationen zu bekämpfen.“S

In der Resolution 1368 wurde sehr verantwortungsvoll und weitsichtig gewählt: "...jede Form von Terrorismus in Übereinstimmung mit seinen Verantwortlichkeiten nach der Charta der Vereinten Nationen zu bekämpfen.“

Afghanistan nicht genannt – und auch kein anderes Land, weil es keine Beweise gab für die Schuld-Behauptungen von US-Präsident George Bush.

Die NATO teilte nicht die Ansicht des UNO-Sicherheitsrates. Die Tatsache, dass der Sicherheitsrat kein Mandat für den Einmarsch in Afghanistan erteilt hatte, wegen mangelnder Beweise einer Schuld am Terroranschlag vom 11.9.2001, hinderte die NATO nicht daran, am 2. Oktober 2001 den Bündnisfall gem. Art.5 des Natovertrages auszurufen.

Begründung von George Robertson – britischer Generalsekretär der NATO: Die USA hätten dem NATO-Rat überzeugend dargelegt, dass die Attentäter Mitglieder von al Qaida seien, von Bin Laden angeführt und von den Taliban in Afghanistan unterstützt. Damit handle es sich um einen Angriff der USA von außen und sei ein Verteidigungsfall.

Den Unterschied, dass der UNO die Beweise, die Bush vorlegte nicht genügten, wohl aber dem NATO-Rat sollte man sich gut merken. Kriegslügen sind immer wiederkehrende Muster, ebenso die Ignoranz des Rechtes.

Es beweist, wie wichtig starke Zivilgesellschaften überall in der Welt sind, mündige Menschen, die den Lügen nicht mehr glauben. Es wäre wichtig, sich für eine Stärkung der UNO einzusetzen. Die UNO ist zwar schwach, aber wir haben nichts Besseres. UNO und Zivilgesellschaften brauchen einander. Sie haben die Chance aneinander und miteinander zu wachsen und sich gegenseitig zu stärken gegen eine immer aggressiver werdende Außenpolitik der Staaten der westlichen Welt.

Am 22.12.2001 ließ Kanzler Schröder über die Teilnahme am Afghanistan-Krieg abstimmen. Mit knapper Mehrheit stimmte das Parlament zu: 336 zu 326 Stimmen. FDP und die Vorgängerpartei der Linken, die PDS stimmten geschlossen gegen den Krieg.

Wieder wurde im Parlament grundgesetzwidrig einem illegalen Krieg zugestimmt und wieder blieben die Juristen untätig.

Am 5. Februar 2003 verkündete Collin Powell in einer Sondersitzung des UNO-Sicherheitsrates: „Wir wissen, dass Saddam Hussein entschlossen ist, seine Massenvernichtungswaffen zu behalten und weiter herzustellen...“ Dabei hielt er das berühmte kleine Fläschchen mit weißem Pulver in die Höhe – als Beweis für das Vorhandensein von Chemiewaffen im Irak.

Am 19. März 2003 griffen US-Präsident George Bush jun. und der britische Premierminister Tony Blair ohne UNO-Mandat den Irak an und besetzten das Land mit 100 000 Soldaten.

Später stellte sich heraus, dass es weder Giftgas noch andere Massenvernichtungswaffen im Irak gab.

Deutschland beteiligte sich offiziell zwar nicht an dem Irakkrieg, entsandte aber 5000 Bundeswehrsoldaten zusätzlich nach Afghanistan, damit die USA entsprechend mehr Soldaten an in den Irak schicken konnten.

2015 ermittelte IPPNW - die Organisation Internationaler Ärzte zur Verhinderung eines Atomkrieges – dass seit 2003 im Irak etwa 1 Million Menschen getötet wurden.

Der Irakische Präsident Saddam Hussein hatte am 2. August 1990 das Nachbarland Kuwait überfallen und nach kurzer Zeit erobert.

Daraufhin erhielt die USA ein UNO-Mandat, dem überfallenen Land Kuwait militärisch zu helfen. Dieser Einsatz war einer der wenigen legalen Kriege der USA seit 1945.

Nach Beendigung des Krieges verhängte die UNO gegen den Irak ein Wirtschaftsembargo, dem vor allem viele Kinder zum Opfer fielen. 2006 wurde Madeleine Albright – seit 1993 UNO-Botschafterin – von einer Journalistin gefragt, ob das Embargo noch zu rechtfertigen sei, dem ½ Million Kinder zum Opfer gefallen waren. „wir glauben, es ist diesen Preis wert“, antwortete Frau Albright.

Am 13. November 2015 wurde Frankreich Opfer eines Terroraktes, die Attentäter waren Franzosen und Belgier. Als Vergeltung wurde am 4. Dezember von Bundesregierung und der

Mehrheit des Bundestages der Einsatz der Bundeswehr in Syrien beschlossen. Die Partei die LINKE war die einzige Partei im Deutschen Bundestag, die geschlossen gegen den Syrienkriegseinsatz gestimmt hat.

Aufgabe der Justiz wäre es gewesen, die Bundesregierung daran zu hindern, diesen Beschluss-Text zur Abstimmung in 's Parlament zu bringen. Er stellte einen Verstoß gegen das Völkerrecht dar: Syrien hat Deutschland nicht überfallen und auch nicht bedroht. Es gab kein UNO-Mandat für einen NATO-Krieg gegen Syrien. Damit ist der Krieg gegen Syrien ein illegaler Angriffskrieg. Der damalige Justizminister Maas erklärte vor der Abstimmung im Bundestag, der Syrieneinsatz sei weder verfassungs- noch völkerrechtswidrig. Der Bundesjustizminister sagte die Unwahrheit.

Die Verlängerung des Syrienkrieges wurde nun schon zum dritten Mal durch Bundestagsbeschluss verlängert.

Ich habe nur einige der aktuellen NATO-Kriege und ihre angeblichen Ursachen dargestellt.

Es sind immer ähnliche Muster: ein barbarischer Diktator, Schuldige für den 11. September in Afghanistan, Giftgas, das es dann ebenso wenig gab, wie die Konzentrationslager und am dreistesten, der Krieg gegen Syrien als Vergeltung der Terroranschläge in Paris, obwohl bekannt war, dass die Attentäter Franzosen und Belgier waren. Beweise werden nicht mehr benötigt und UNO-Mandate auch nicht.

Für mich ist das Rechtsbankrott.

Von 3 Juristen aus der Friedensbewegung wurde eine „Strafanzeige gegen die Jasager im Deutschen Bundestag zur Kriegsbeteiligung in Syrien“ formuliert. Ich habe mich ihr angeschlossen. Adressiert war die Strafanzeige an Herrn Generalbundesanwalt Dr. Peter Frank.

Die Anzeige bezog sich auf §80 StGB i.V. mit Art. 26, Abs1 GG. Ich erhielt auch eine recht lange Antwort, wo der Generalbundesanwalt juristisch begründet, dass alles rechtens sei. Auf die Tatsache, dass unter den Attentätern in Frankreich keine Syrer waren, jetzt aber als Vergeltung Syrien bombardiert wird, ging der Herr Generalbundesanwalt nicht ein.

Auf dem Hintergrund klage ich an, dass alle von der NATO geführten Kriege, die in der Colbitz-Letzlinger Heide vorbereitet werden und somit alle Kriege, in welche die Bundeswehr einbezogen ist, illegale Angriffskriege sind. Diese Kriegsverbrechen in anderen Ländern sind aber nur die Spitze des Eisberges. Darunter, weniger wahrnehmbar liegt ein ganzes System von Verbrechen. So werden auch an unseren Soldatinnen und Soldaten Verbrechen verübt.. Oft werden sie mit Lügen in die Kriege gelockt. Viele glauben, sie sollten Schulen bauen, Brunnen bohren und Menschen beim Aufbau einer demokratischen Ordnung behilflich sein. Dass alle diese Kriege illegal sind, weil sie kein UNO-Mandat haben, wissen sie vermutlich nicht wirklich. Sie wissen nicht, dass sie beauftragt werden, für imperiale Machtinteressen fremde Menschen zu töten, in deren Ländern Bodenschätze sind, die der Westen haben, aber nicht fair bezahlen will. Die jungen Menschen wissen vermutlich nicht, dass sie

gegen das Völkerrecht verstoßen und das Friedensgebot unseres Grundgesetzes.

Es sind nicht nur Verbrechen gegen die Menschen in den Ländern, die von NATO-Armeen überfallen werden, es sind auch Verbrechen gegen unsere Soldatinnen und Soldaten, wenn sie zu spät erfahren, dass sie missbraucht wurden zum Morden. Sie müssen mit der seelischen Last der Kriegserlebnisse weiter leben.

Zu Kriegsende war ich knapp 8 Jahre alt. Meine Kriegserlebnisse waren, dass ich die Bombardierung Dresdens von weitem gesehen habe: das Flammeninferno war bis in meine Heimat zu sehen – dem heutigen Tschechien. Im August 1945 – ca 4 Monate später – kamen wir als Vertriebene durch das zerbombte Dresden. Ich liebe Dresden, seine Galerien, Theater, Kirchen, die die Musikstudenten, die überall in Parks und auf Straßen üben und damit eine wundervolle Stimmung schaffen. Die Erinnerung an den Leichengestank ist immer noch schwach präsent. Das ist bei mir nicht traumatisch, aber die Tatsache, dass die Erinnerung nicht völlig erlischt, löste bei mir die Frage aus, wie werden Menschen, die wirklich den Krieg hautnah in seiner Brutalität erlebt haben, damit fertig? Dabei bin ich auf das Phänomen der „Kriegsenkel“ gestoßen: Es geht dabei um Enkel von ehemaligen Soldaten der Wehrmacht, die ihren Opa meist nicht kennengelernt haben, die auch keine Kriegserlebnisse erzählt bekamen und trotzdem traumatisiert sind, als hätten sie selbst die Kriegsgeschehen des Großvaters erlebt. Das Kriegsgrauen des Großvaters hat sich in den Genen festgesetzt. Wir wissen es heute, dass Krieg nicht nur Gebäude und die Leiber von Menschen zerstört. Krieg zerstört die in Jahrzehntausenden gewachsene, ohnehin dünne Kulturschicht, die uns von der Barbarei trennt.

In einer kleinen Erzählung_“Du sollst nicht töten“ schreibt Hermann Hesse 1918: „Man kann nicht nur Gegenwärtiges töten, sondern auch Zukünftiges“

Und trotzdem lassen wir die Bundeswehr in unsere Schulen.

Am 22.2.2018 verlas Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Regierungserklärung, in der es auch um Sicherheitspolitik geht.

Ich zitiere einen kleinen Ausschnitt: „Wir alle sehen, wie sehr Europa durch seine geografische Lage exponiert ist; denn die Kriege und Konflikte in Syrien, Libyen oder der Ukraine finden nicht irgendwo auf der Welt statt, sondern nur wenige Flugstunden von Berlin entfernt. **Wir alle sehen, dass die Verletzung völkerrechtlich anerkannter Grenzen in Europa kein Tabu mehr ist.** Und wir alle sehen auch, wie sich der Schwerpunkt der Weltwirtschaft zunehmend verlagert, ganz besonders nach Asien, nach China.“

Hier suggeriert die Bundeskanzlerin, dass andere Länder „völkerrechtlich anerkannte Grenzen“ missachten. Wer würde bei dieser nebulösen Beschreibung vermuten, dass die Bundesrepublik völkerrechtlich anerkannte Grenzen bricht?

Genau so erlebe ich es auch in Gesprächen mit Menschen, die ihre politische Bildung aus Tagesschau und Talg-Show beziehen: das sind die Anderen und vor allem die Russen sind ja so gefährlich aggressiv...Die Rechnung geht also auf: die meisten Menschen haben keine Ahnung von den Kriegsverbrechen, die die NATO und ihre Verbündeten begehen.

Später dann geht es weiter in der Regierungserklärung: „Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihnen geht es wahrscheinlich so wie mir: **Das, was wir im Augenblick sehen, die schrecklichen Ereignisse in Syrien, den Kampf eines Regimes nicht gegen Terroristen, sondern gegen seine eigene Bevölkerung, die Tötung von Kindern, das Zerstören von Krankenhäusern, all das ist ein Massaker, das es zu verurteilen gilt und dem wir ein klares Nein entgegensetzen. Wir sind aber auch aufgefordert, zu versuchen, eine größere Rolle dabei zu spielen, um ein solches Massaker beenden zu können.** Darum müssen wir uns als Europäer bemühen, meine Damen und Herren.

Diese Aufforderung gilt auch für die Verbündeten des Assad-Regimes, ganz besonders für den Iran und Russland. Hier gibt es eine Verantwortung. Unser Bundesaußenminister hat heute früh noch mit Herrn Maurer vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz telefoniert, und er wird mit dem russischen Außenminister sprechen. Wir müssen alles, was in unserer Kraft steht, tun, damit dieses Massaker ein Ende findet.“

Ich möchte das bekannte Muster herausarbeiten vom Tyrannen, der dieses Mal keine Konzentrationslager betreibt, dafür aber eigene Krankenhäuser bombardiert, Kinder tötet und Massaker in der eigenen Bevölkerung anrichtet, nicht etwa gegen Terroristen. Am nächsten Tag liefern dann auch Zeitungen Kinder mit Verband um den Kopf. Weitere Beweise werden vermutlich nicht gebraucht. Wenn dann Präsident Macron auch noch den Beweis erhält, dass Assad Giftgas einsetzt, dann wird die Situation sehr gefährlich.

In meinen Augen betreibt Frau Merkel geistige Brandstiftung. Sie fordert die europäischen Staaten auf zu einer Beteiligung am Krieg gegen Syrien.

Vermutlich geht es beim Krieg gegen Syrien in erster Linie um die Konfrontation mit Russland. Diese Vermutung lässt das Giftgas-Szenario von England mit unbewiesenen Anschuldigungen gegen Russland zu.

Um ein anderes Land zu überfallen, genügen erfahrungsgemäß den NATO-Ländern Unterstellungen und Vermutungen. Das ist brandgefährlich - nicht auszudenken, wenn im Kreml nicht Putin, sondern Trump säße.

5. Kriegsverbrechen Uranmunition

dieser Teil wird von mir am 6.4.2018 ab 9 Uhr im Amtsgericht Gardelegen weiter vorgetragen.